

PRESSEMITTEILUNG

Gesundheitspolitik

Nr. 288/08 vom 12. August 2008

Ursula Sassen: Versand rezeptpflichtiger Arzneimittel sofort verbieten, weil 90 Prozent der Versandapotheken die Rezeptpflicht ignorieren!

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ursula Sassen, hat angesichts der Ergebnisse einer Studie der European Alliance for Access to Safe Medicines heute gefordert, den Versand rezeptpflichtiger Arzneimittel sofort zu verbieten: „Der Bezug von Arzneimitteln über das Internet wird immer mehr zum russischen Roulette. Zumindest der Versand verschreibungspflichtiger Arzneimittel muss aufhören. Es wird Zeit, dass sich auch die schleswig-holsteinische Gesundheitsministerin dieses Themas annimmt und gemeinsam mit anderen Bundesländern tätig wird“, so Sassen. Bereits im Juni hatte die Gesundheitsexpertin angesichts der explosionsartigen Zunahme der vom Zoll sichergestellten Arzneimittelfälschungen das Verbot des Versands verschreibungspflichtiger Medikamente gefordert.

Jetzt wurde eine Studie der European Alliance for Access to Safe Medicines bekannt, nach der neun von zehn Internethändlern die Rezeptpflicht völlig ignorieren. Etwa 90 Prozent der 116 getesteten Internetseiten boten den Versand verschreibungspflichtiger Medikamente ohne Rezept an. Hinzu kam, dass mehr als 60 Prozent der gelieferten Arzneimittel verfälscht waren. Die Ergebnisse der Studie sind kein Einzelfall. Eine kürzlich veröffentlichte Studie des US-amerikanischen National Center of Addiction and Substance Abuse, CASA, brachte ähnliche Erkenntnisse.

Angesichts dieser Ergebnisse könne die Genehmigung des Arzneimittelversands nicht aufrechterhalten werden, so Sassen weiter: „Die Rezeptpflicht ist dafür da, dass der Patient zuverlässig das Medikament erhält, welches der Arzt für seine Genesung als notwendig erachtet. Diese Zuverlässigkeit ist nicht mehr gegeben. Für die Patienten gibt es praktisch keine Möglichkeit, seriöse Anbieter von unseriösen zu unterscheiden. Ein Grund mehr, dass auch die schleswig-holsteinische Gesundheitsministerin in dieser Sache aktiv werden sollte“, so Sassen.